

Artikel publiziert am: 01.01.2012 - 20.19 Uhr

Artikel gedruckt am: 02.01.2012 - 13.09 Uhr

Quelle: <http://www.merkur-online.de/nachrichten/politik/will-klagerecht-einschraenken-1548448.html>

## CSU will Klagerecht einschränken

München - Die CSU-Landesgruppe fordert mehr Dampf für Großbauprojekte – und sagt Ja zum Flughafenausbau, aber verliert keinen Satz zur Stammstrecke.

Mit Einschnitten im Planungsrecht will die CSU mehr Tempo bei großen Verkehrs- und Energieprojekten erreichen. Das Klagerecht für Verbände soll im Umfang eingeschränkt werden, die Instanzenzahl soll sinken. Das geht aus dem Entwurf eines Grundsatzpapiers für die Tagung der Landesgruppe in Kreuth diese Woche hervor, das unserer Zeitung vorliegt.

Wichtige Projekte würden durch lange Planungszeiten faktisch blockiert, klagen die Bundestagsabgeordneten um die Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt. Sie verlangen zudem fortan jährlich so wie heuer eine Extra-Milliarde für Straße und Schiene: „Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur zehrt Deutschland von der Substanz.“

Bei den Großprojekten für Bayern nennt die Landesgruppe den Flughafen-Ausbau, nicht aber die zweite Stammstrecke in München, die das größte Projekt im Freistaat ist und dringend Bundesmittel nötig hätte. Die dritte Startbahn sei „notwendig“, heißt es im Entwurf. Sie verlangt jedoch, „zeitnah“ den S-Bahn-Ringschluss mit überregionaler Anbindung zu bauen und das Straßennetz in der Region Erding/Freising zu verbessern.

Bei der Energiewende verlangt die CSU mehr Druck aus Bundesregierung und Parlament. Ein „parteipolitisch unabhängiger Beauftragter des Bundestags für die Energiewende“ soll bei den Bürgern für mehr Akzeptanz sorgen. Ab 2013 will die CSU zudem ein eigenständiges Bundes-Energieministerium. So erreiche man eine „höhere Effizienz“, heißt es in dem Papier. Die Landesgruppe sieht „Reibungen und Ineffizienzen“, so sagte Hasselfeldt jüngst, zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium. Kurzfristig gilt ein solcher Umbau allerdings als sehr unwahrscheinlich – in Bayern, wo die CSU den Regierungschef stellt, sind die Kompetenzen sogar auf drei Ressorts verstreut. Kanzlerin Angela Merkel signalisierte bereits Skepsis.

Die Landesgruppe will ihr Positionspapier sowie weitere thematische Festlegungen bei der traditionellen dreitägigen Klausur in Wildbad Kreuth beschließen, die am 4. Januar beginnt. Regierungshandeln sind die Beschlüsse damit jedoch noch nicht – wichtige Weichenstellungen müssen stets innerhalb der Koalition abgesprochen werden. Das Treffen ist der Auftakt eines Reigens an Klausuren vor allem bayerischer Politiker. Ab 16. Januar geht die CSU-Landtagsfraktion für vier Tage ebenfalls in Kreuth in Klausur.

cd

Artikel lizenziert durch © merkur-online

Weitere Lizenzierungen exklusiv über <http://www.merkur-online.de>